

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Das neue Baden. 1948-1948 1948**

79 (16.9.1948)

# DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Heute neue Artikelserie:  
**Lebt Hiller noch?**  
Von Michael M. Mümmann

Verlagsadresse: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbetrag DM 1,80  
einzel. Trägertarif, bei Postbest. DM 2,16 / Anzeigen nach Preisliste 3  
Unverändert eingegangene Manuskripte können nicht zurückgeschickt werden

Breisgau Markgräflerland Kaiserstuhl

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 2363 / Postamt Kaiserstuhl 2045 / Bankkonto: Oberheimbach  
Keine Ersatzanpr. bei Fälschung durch hbb. Gewalt

NR. 79 / 2. JAHRG.

DONNERSTAG, DEN 16. SEPTEMBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

## Empörung über Sowjeturteil

25 Jahre Arbeitslager für Beteiligung an den Zwischenfällen vor dem Brandenburger Tor

Berlin. Der sowjetische Rundfunk teilte mit, daß das Bezirks-Militärgericht des sowjetischen Sektors von Berlin die fünf Deutschen, die angeklagt waren, an den antisowjetischen Kundgebungen des 9. September vor dem Brandenburger Tor teilgenommen zu haben, zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt habe. Von den Verurteilten ist einer 18, einer 19, einer 22 und einer 40 Jahre alt.

Maßgebende Kreise der britischen Kontrollkommission für Deutschland erklärten, das Urteil sei skandalös und unerhört. Die Urteilsbegründung sei als phantastisch zu bezeichnen, da die Provokationen nach britischer Ansicht nach Beendigung der Kundgebung auf dem Platz der Republik nicht von den Demonstranten, sondern von sowjetischen Soldaten und deutschen Polizisten des Sowjetsektors ausgegangen seien. Bei dem vorliegenden Urteil könne von einer Rechtsprechung nicht länger die Rede sein.

hätte bereits stattgefunden, die Urteile seien gefällt.

**Internationaler Untersuchungsausschuß gefordert**

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr forderte am Dienstag auf einer Vorstandssitzung der SPD, CDU, LDP und der UGO die Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung des sowjetischen Urteils gegen die fünf Berliner. Dieser Ausschuß soll nach Suhr auch Deutsche zu Aussagen heranziehen. Nach deutschem Strafmaß hätten die Angeklagten höchstens sieben Jahre Zuchthaus bekommen können. Es sei überhaupt fraglich, ob die von der Markgraf-Polizei ergriffenen jungen Leute tatsächlich die Ausschreitungen am Brandenburger Tor begangen hätten. Suhr betonte, das Urteil des sowjetischen Militär-

tribunals habe eindringlich gezeigt, in welcher Gefahr Berlin schwebte. Der Kampf um Berlin rief er, geht nicht nur um die Freiheit, sondern auch um das Recht.

**Außerplanmäßige Plenarsitzung des Parlamentarischen Rats**

Der Parlamentarische Rat hielt am Mittwoch, 16. Uhr, außerplanmäßig eine Plenarsitzung ab, um sich demonstrativ gegen die Verurteilung von Berliner Demonstranten durch ein sowjetisches Militärgericht zu wenden. Vizepräsident Adolf Schönfelder berief am Dienstag in Anwesenheit von Dr. Konrad Adenauer auf Anregung des gewählten Berliner Oberbürgermeisters, Professor Ernst Reuter, den Rat ein. Reuter erklärte zu dem Berliner Urteil: „Das bedeutet eine Kriegserklärung“.

## Der Wille des Volkes

Von Dr. Alphonse Gaertner

Die Gemeindevahlen in der sowjetisch besetzten Zone, die in diesem Herbst stattfinden sollten, sind durch einen Befehl der sowjetischen Militärverwaltung um ein Jahr verschoben worden. Wie die Verwaltung hinzufügt, hat sie damit zahlreichen Anträgen und Wünschen der zugelassenen Parteien und demokratischen Organisationen entsprochen.

Es besteht jedoch immerhin die Möglichkeit, daß es außerhalb der sowjetisch besetzten Zone Leute gibt, die dieser Nachricht keine wesentliche Beachtung schenken oder die sogar geneigt wären, die amtliche Begründung für wahr zu halten. Es ist deshalb eine zwingende Notwendigkeit, der Verschiebung der Wahlen die Bedeutung zuzumessen, die ihr im politischen System der östlichen Volksdemokratie zukommt und die Begründung als das zu kennzeichnen, was sie im tiefsten Grunde ist: eine ungeheuerliche Lüge.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Schon im Juni d. J. sind die Militärverwaltungen der einzelnen Länder an die Parteien mit dem dringenden Wunsche herangetreten, der Verschiebung der Gemeindevahlen zuzustimmen oder selbst eine solche Verschiebung anzugehen. Der Zweijahresplan der SED, diese dürftige Kopie eines auf russische Verhältnisse zugeschnittenen Wirtschaftsplanes, war soeben von Walter Ulbricht, dem mächtigen Wirtschaftsexperten der Partei, nach selbstverständlicher Abstimmung mit der Militärregierung, der Öffentlichkeit vorgelegt worden. Die Propagandamaschine der Partei und der östlichen Nachrichtenbüros lief auf hohen Touren. Endlich war die Methode gefunden, das schlechteste Element der Ostzonenwirtschaft zu überwinden und beispielsweise die Schuhversorgung der Bevölkerung für das Jahr 1950 mit einem Paar je Person in eine verheißungsvolle, aber fragwürdige Aussicht zu stellen, während für das gleiche Jahr eine Erhöhung der gegenwärtigen Lebensmittelrationen um 30% versprochen wurde. Was lag näher, als für diese Großaktion der SED die gesammelte Kraft des Volkes, der Parteien und der demokratischen Organisationen zu mobilisieren, seine Durchführung vor jedem Luftzug politischer Mißbilligkeiten zu schützen, wie sie bei Wahlen vorzukommen pflegen? Zwar gleichen Wahlen in der Ostzone einem sportlichen Wettlauf, bei dem dem stärksten Favoriten, der SED, eine so groteske Vorgabe gewährt wird, daß die anderen Bewerber aus der hoffnungslosen Situation der „Mittläufer“ nur herauskommen, wenn der Favorit trotz seines unerhörten und unfaireren Vorteils vor dem Zielband versagt. Und in dieser Situation des drohenden Versagens befindet sich die SED heute. Die politische und moralische Isolierung, in der sich die Partei infolge ihrer Tätigkeit als Willensinstrument der sowjetischen Besatzungsmacht hineinmanövriert hat, würde in den Gemeindevahlen dieses Herbstes ihren eindeutigen Ausdruck finden. Aus diesem und nur aus diesem Grunde werden die Wahlen nicht stattfinden.

Es ging natürlich nicht an, daß die SED selbst mit der Anregung auf Verschiebung der Wahlen an die Öffentlichkeit trat. Die Besatzungsmacht entlohnte sich dieser Sorge. Ihre erste Fühlungnahme mit den Parteien verlief infolge der ablehnenden Haltung der nichtmarxistischen Parteien ergebnislos. Man tat das, was sich in solcher Situation bislang stets als wirksam erwiesen hat, nämlich man inszenierte eine „Bewegung“. Zwar ist dieses Instrument vom vielen Mißbrauch verstimmt und abgenutzt, aber der Vorrat an menschlicher Unzulänglichkeit, die von seinen Tönen angesprochen wird, ist offenbar unbegrenzt. Zwar hatten die CDU und die LDP eindeutig darauf bestanden, daß die Wahlen — in Beachtung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Vorschriften — zu dem vorgesehnen Termin durchgeführt würden. Aber es gab da noch zwei andere „nichtmarxistische“ Parteien, die Nationaldemokraten und die „Demokratische Bauernpartei“. Sie sind zwar durch nichts und niemand legitimiert als durch das Vertrauen der Militärverwaltung, niemals haben sie die Feuerprobe einer Wahl bestanden, sie sind gezeugt in der Retorte östlich-politischer Alchemie. Diese seltsamen „Parteien“, die außerhalb der sowjetisch besetzten Zone von einem Sturm der Lächerlichkeit und der Verachtung hinweggefegt wurden, haben der politischen Befehlsstelle in Karlshorst ihren dringenden Wunsch nach einer Verschiebung der Wahlen übermitteln. Sie versäumen also die einzigartige Gelegenheit, der Welt den Nachweis zu erbringen, wie sehr ihre Gründung einem dringenden Bedürfnis entsprach und welche Volksmassen hinter ihnen stehen. Aber die Auseinandersetzung mit ihnen lohnt sich nicht, ledernannt weiß, daß diese „Parteien“ nichts anderes sind, als willenlose Befehlsempfänger der

## Großbritannien rüstet auf

USA wollen UN-Vollversammlung westlichen Verteidigungspakt vorschlagen

London. Der britische stellvertretende Ministerpräsident Herbert Morrison gab am Dienstag in der Sondersitzung des Parlaments den Beschluß der Regierung bekannt, Soldaten, die in den nächsten Monaten entlassen werden sollten, weitere drei Monate unter den Fahnen zu behalten.

Die Stärke der britischen Streitkräfte, sagte Morrison, werde Ende dieses Jahres 80 000 Mann mehr als bei der ursprünglich beabsichtigten Form der Demobilisierung betragen. Für alle drei Waffengattungen werde ein Rekrutierungsverbot erlassen werden. Die Verbesserung der Ausstattung, insbesondere auf dem Gebiet der Luftverteidigung, des Panzerwesens und der Infanteriewaffen, müsse beschleunigt werden.

Der britischen Regierung, führte Morrison weiter aus, bleibe keine andere Wahl, als diese Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Trotz aller gegenwärtigen Bemühungen um eine Lösung für die vielen Probleme, die eine

Folge des letzten Krieges sind, gebe die internationale Lage dennoch Anlaß zur Beunruhigung.

Die Produktion gewisser Jägertypen wurde fast verdoppelt. Was Flugzeuge anbetrifft, betonte Morrison, müssen wir nicht nur unseren eigenen Anforderungen gerecht werden, sondern auch denen anderer Länder, einschließlich der westeuropäischen Union, deren Streitkräfte britische Flugzeugtypen verwenden.

Washington. Bei einer weiteren Verschlechterung der internationalen Lage wird, gut informierten Kreisen zufolge, Außenminister Marshall auf der bevorstehenden UN-Vollversammlung einen Verteidigungspakt ähnlich dem in Petropolis abgeschlossenen Vertrag der amerikanischen Staaten vorschlagen. Dieser neue Pakt würde das Abkommen zur Verteidigung der westlichen Hemisphäre ergänzen. Alle Nationen, die Mitglieder der UN sind, könnten ihm beitreten.

## DP-Wirtschaftsausschuß stellt Leitsätze auf

Grundlegende Ausführungen Dr. Hoffmanns — Dr. Gaertner vermittelt Tatsachenbericht aus der Ostzone

Am Montag tagte der Wirtschaftsausschuß der DP im Parkhotel in Badenweiler, um zu Gegenwartsfragen unserer Wirtschaft Stellung zu nehmen und über die wirtschaftlichen Leitsätze der DP abzustimmen. Zunächst gab Dr. Gaertner, einer der führenden Männer der LDP in der Ostzone, einen Tatsachenbericht über die Methoden der SED und die Gründe seines Wegganges aus Thüringen, wo er als Vizepräsident des Landtages und als Präsident der Landesbank fungiert hatte. Der Redner gab ein erschütterndes Bild der sowjetischen Gewaltmaßnahmen zur Unterdrückung des individuellen Lebens. Die sowjetische Besatzungsmacht versuche mit totalitären Mitteln die bürgerlichen Parteien ideologisch zu unterdrücken, sei es durch Beeinträchtigung ihrer publizistischen Möglichkeiten, durch die Blockpolitik zur angeblichen Entmachtung des Monopolkapitalismus, durch Entsendung von Vertretern in Funktionssitzungen und durch Verfolgung besonders aktiver Mitglieder dieser Parteien. Man bestrebe mit Methoden ohne Moral die Errichtung einer Einheitspartei. Erschreckend sei die Wahrnehmung, wie bisher gemäßigte Männer innerhalb der SED, wie etwa Grolewoh, nunmehr ein radikalistisches Gebaren an den

Tag legten. Dr. Gaertner enthüllte sodann den wahren Charakter der sogenannten „Volksdemokratie“, in der man von oben herab den „Volkswillen“ organisiere. So habe man, um den müßigen Bürgermeister von Weimar zu besettigen, in einer Betriebsversammlung durch bestellte Leute eine Mißtrauensversammlung inszeniert, worauf der russische Kommandant behauptete, das Stadtoberhaupt würde das Vertrauen der Bevölkerung nicht mehr besitzen. Auf die Antwort der Bürgermeister erlaube sich des vollen Vertrauens des Stadtparlamentes, habe der Kommandant bedauernd entgegnet: „Aber die Massen sind gegen ihn.“ Es sei ihm nichts übriggeblieben, als seinen Posten zu verlassen. Bald danach hätte er der Ostzone den Rücken gekehrt. Der Redner charakterisierte ferner das wirkliche Gesicht der Bodenreform in der sowjetischen Zone, wo man die Barbarei beginge, nach und nach die Gutshäuser als „Bastionen des Junkertums“ abzureißen. Inzwischen schreite man dazu, auch die 5 Hektar großen Betriebe wegen angeblich schlechter Bewirtschaftung zu sogenannten Siedlerstellen zusammenzufassen, um sie später zu Kolchosen umzubilden. Einen ähnlichen Einblick gab der Redner in den Strukturwandel der Wirtschaft der Ostzone. Die sogenannten „volkseigenen Betriebe“ seien in Wahrheit Staatsbetriebe. Die Währungsreform im Osten habe sich als toricht und sinnlos erwiesen, wobei zu bemerken sei, daß gewisse Konten von der Reform unberührt blieben. Überall wäre die Tendenz spürbar, die privaten Betriebe zu benachteiligen. Ein angemessenes Warenangebot fehle, während sich die Lage auf dem Ernährungssektor verschärfe. Das lange Stehen nach Kartoffeln wäre an der Tagesordnung. Nach wie vor entnehme die Besatzungsmacht den größten Teil der Produktion zu Reparationszwecken. Die Bedarfsgüter seien für die Zivilbevölkerung praktisch nicht vorhanden. Das spurlose Verschwinden von Personen dauere fort. Unter dem Deckmantel der deutschen Einheit wolle man nichts anderes als restlose Gleichschaltung. Die Gefahr des Strukturwandels im Osten, der auch das Lebensgefühl der Bevölkerung zu ergreifen drohe, erschwere künftighin ein

(Fortsetzung auf Seite 2)

**Demokratie und Menschlichkeit nur eine Phrase**

Der Berliner LDP-Vorsitzende Karl Hubert Schwennicke sagte, mit dem Urteil sei erneut bewiesen worden, daß Demokratie und Menschlichkeit für die kommunistische Welt nur eine Phrase sind, hinter der sich der Machtwille eines neuen Diktatorsystems verbirgt. Mit derartigen Urteilen werde nur erreicht, daß der Haß gegen die kommunistischen Unterdrücker nicht nur im deutschen Volk, sondern auch in der übrigen Welt anwächst und der Abwehrwille gestärkt wird. Das Urteil beweise, was die Bevölkerung zu erwarten habe, wenn es den kommunistischen Kräften gelingt, ihre Macht über Berlin hinaus weiter nach Westen auszudehnen.

**Drei vergebliche Versuche**

Dr. Rolf May, der persönliche Referent Dr. Friedensburgs, erklärte, sämtliche Versuche, den inzwischen Verurteilten einen Verteidiger beizugeben, seien gescheitert. Sofort nach Bekanntwerden des Verhandlungstermins hätten sich Verteidiger zur Verfügung gestellt und sich zu dem Vorsitzenden des sowjetischen Militärtribunals, Oberst Sokolow, begeben, wo ihnen erklärt worden sei, daß sie ein Gesuch um Zulassung eines deutschen Verteidigers bei dem sowjetischen Verbindungsoffizier beim Magistrat einreichen könnten. Das daraufhin sofort ausgefertigte Gesuch sei dem sowjetischen Bevollmächtigten beim Berliner Magistrat zugestellt worden, der die Weiterleitung jedoch abgelehnt habe. Bei zwei weiteren Versuchen, Oberst Sokolow persönlich zu erreichen, seien sie wiederum abgewiesen und ihnen sei dann schließlich erklärt worden, die Verhandlung

**Noch keine Einigung in Moskau**

Moskau. Die drei Sonderbeauftragten der Westmächte in Moskau suchten laut Reuter am Dienstagmorgen mit sowjetischen Außenminister Molotow zu einer weiteren Besprechung auf. Die Besprechung wurde nach anderthalb Stunden beendet.

Nach Ansicht von Beobachtern haben die Botschafter auf dieser neuen Sitzung Stellung zu den Gegenvorschlägen genommen, welche die Sowjets bei den Besprechungen der alliierten Militärgouverneure in Berlin unterbreitet haben. Einige dieser Gegenvorschläge haben, so glaubt man, die Regierungen der Westmächte zweifellos überrascht, da diese annahmen, mit der Aufnahme der Besprechungen in Berlin sei im Prinzip Einvernehmen erzielt.

## Italienische Kolonien kommen vor UN

Keine Einigung bei der Viererkonferenz in Paris

Paris. Die Viermächtevertreter zur Erörterung der Zukunft der ehemaligen italienischen Kolonien traten am Dienstag im französischen Außenministerium zu ihrer zweiten Sitzung zusammen.

Die britische und amerikanische Delegation nahmen einen französischen Vorschlag an, wonach Italienisch-Somaliland unter UN-Mandat an Italien zurückgegeben werden soll.

Wyschinski, der den Vorsitz führte, machte geltend, daß die sowjetische Delegation diese Angelegenheit erst einer weiteren Prüfung unterziehen müsse, ehe sie ihre Antwort erteilen kann, da eine Anzahl von Fragen, insbesondere die Dauer der vorgeschlagenen Treuhandschaft, noch geklärt werden müßte. Der sowjetische Delegierte übte dann

Kritik an der Haltung der drei Westmächte in der Frage der ehemaligen italienischen Kolonien und führte an, daß der Anspruch Großbritanniens auf die Cyrenaika keinesfalls den Interessen der Bevölkerung entspreche. Frankreich wurde von Wyschinski beschuldigt, sein Kolonialreich auf Kosten Italiens vergrößern zu wollen.

Der von dem sowjetischen Delegierten Wyschinski eingebrachte Vorschlag, alle italienischen Kolonien einer internationalen Treuhandschaft zu unterstellen, wurde dann von der Viermächtekonferenz nicht angenommen. Da auch am Mittwoch hinsichtlich der Zukunft der italienischen Kolonien keine Einigung erzielt werden konnte, wird das Problem nunmehr den Vereinten Nationen unterbreitet werden.

Macht, deren Willen allein sie ihr Dabem verdanken.

Aber auch andere demokratische Organisationen haben den Wunsch nach einer Verschiebung der Wahlen ausgesprochen, z. B. die Gewerkschaften, der Demokratische Frauenbund, die Freie Deutsche Jugend usw.

DP-Wirtschaftsausschuss stellt Leitsätze auf

(Fortsetzung von Seite 1) organisches Zusammenwachsen der beiden deutschen Hälften. Die Sowjets verfolgten nur den einen Zweck: die Bolschewisierung Ostdeutschlands.

In einer außerordentlich schwierigen Lage (Thür. Volk vom 18. August 1948). Man sollte die Dinge beim rechten Namen nennen: Besatzungsmacht und regierende Partei wissen genau, daß selbst die im östlichen Bereich geübten Methoden der Durchführung von Wahlen es nicht verhindern könnten, daß die SED eine vernichtende Niederlage erleidet.

Die Entscheidungsfreiheit in der privaten Sphäre sei ebenso wichtig wie die öffentlichen Freiheiten der Reden, Versammlungen usw. Der Weg zum Totalitarismus fange an mit unbedenklich erscheinenden Eingriffen in die Freiheit der Persönlichkeit.

berufständischen Organisationen an, in denen auch die unselbständig in der Wirtschaft Tätigen miteinbegonnen werden sollten. Der Redner bekannte sich sodann zu einer aktiven Sozialpolitik und beschäftigte sich eingehend mit dem Betriebsrätegesetz.

DVP zu aktuellen Fragen

Kritik an der südbadischen Regierung

In Bretten lagte der Landesvorstand der DVP Württemberg-Badens, um sich mit organisatorischen Fragen zu beschäftigen. Vorher vereinigte er sich mit der Fraktion und dem Landesausschuss zu einer Arbeitstagung.

Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, da es diesem durchaus nicht gleichgültig sein könne, ob er vom Arbeitsamt an seinen Arbeitsplatz zwangsmäßig gestellt werde oder selbst wählen dürfe, wo er arbeite und was er kaufe.

WELTNACHRICHTEN IN KURZE

Vertrauen für Queuille. Die französische Nationalversammlung sprach der Regierung Henri Queuille am Dienstag mit 336 gegen 225 Stimmen das Vertrauen aus. Bewaffnete Intervention Indiens in Haiderabad. Da die Regierung von Haiderabad die Forderung der indischen Regierung nach Entlassung der Bazakars und Entziehungen für die Stationierung indischer Truppen in Secundarabad abgelehnt hat, sind indische Truppen in Haiderabad einmarschiert.

Lebt Hitler noch?

Von Michael M. Musmanno / Richter beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg

Vorwort 1. Mai 1946 — Wie ein Blitz durchdrückt eine Nachricht die Welt: Hitler ist tot! Spontan jubeln die Menschen in den vom Krieg verheerten Ländern auf.

Gerüchte tauchen auf, daß Hitler im letzten Augenblick entkommen sei; daß er sich in einer Höhle in den Alpen verborge; daß er per Flugzeug das Weisse Meer habe; daß es ihm gelungen sei, auf einem U-Boot Südamerika zu erreichen.

Kürzlich behauptete Frau Dora Mal in Wiesbaden, sie habe Hitler im Juli 1947 in Schlesien gesehen. In einem kürzlich in Frankreich veröffentlichten Buch heißt es, Hitler lebe in Argentinien.

Vor über drei Jahren erkannte ein Offizier der amerikanischen Marine, der bei der Kapitulation der deutschen Streitkräfte in Italien zugegen war, die Notwendigkeit, die Frage, ob Hitler noch am Leben sei, endgültig zu klären.

Auf der Suche nach Tatsachen Der amerikanische Marineoffizier — Captain Michael A. Musmanno — entschloß sich daraufhin, die Ereignisse, die mit dem Tod Hitlers zusammenhängen, so gründlich zu untersuchen, daß einer Legendenbildung unter seinen fanatischen Anhängern — unumstößliche Tatsachen entgegengesetzt werden könnten.

Musmanno brachte für sein Vorhaben günstige Voraussetzungen mit. Im Zivilleben war er lange Zeit Richter gewesen und mit dem Strafrecht ebenso wie mit den Untersuchungsmethoden vertraut.

Musmanno begann augenblicklich mit seinen Nachforschungen. Er flog nach Berlin und schaute sich den Bunker an, in dem Hitler die letzten Tage vor seinem Verschwinden zubachte.

Was damals in diesem Bunker vor sich ging, haben mir die Ueberlebenden aus Hitlers Stab und die Teilnehmer an dieser Feier auf dieser „unterirdischen“ Geburtstags-

feier sahen Göring, Himmler, Dönitz, Jodl, Keitel und die anderen Größen der Nazi-Hierarchie einen Mann, der nichts mehr mit dem gemein hatte, denn einst die Deutschen bei seinen polternden Reden jubelten — jenem „Führer“, wie ihn die bombastischen Wochenschauen zeigten. Jener brüllende, mit den Armen fuchelnde „Uebermensch“ war verschwunden — übriggeblieben war eine traurige Karikatur.

Von allen Seiten stürmten die alliierten Armeen heran. Die Amerikaner hatten die Elbe, die Russen die Oder, die Franzosen die Donau überquert. Die Engländer rückten vom Norden her vor. In Italien waren die englisch-amerikanischen Verbände über den Po vorgedrungen.

Hitler fuhr mit unsicherem Finger über die Karte und stammelte: „Hier in Berlin werden die Russen Ihre blutigste Niederlage erleiden.“ Zwischen den Gratulationen erteilte er hastig Befehle.

SS-Obergruppenführer Steiner, der etwa 15 km vor Berlin außerhalb des nördlichen Zangenarms der Russen stand, sollte im Morgengrauen des 22. April angreifen, um diesen Arm abzubringen und die drohende Einschließung zu verhindern.

Am 22. April hockte Hitler den ganzen Morgen am Befehlsschreibtisch. Generäle, Adjutanten, Verbindungsoffiziere schwirten im Bunker umher, schrieben in Telefons, kurbelten

verzweifelt an den Rundfunkempfängern, um noch irgendwelche Nachrichten aufzuschleppen.

Die Wahrheit ließ sich nicht länger verschweigen. Durch den Nobel seiner Wut und seiner Verzweiflung dümmerte Hitler, daß die totale Niederlage, an die er niemals hätte glauben wollen, Tatsache geworden war — er brach zusammen. Fast unbemerkt murmelte er, alles sei aus und der Krieg verloren.

Hitler erklärte, er werde in Berlin bleiben und dort sterben. Wer wolle, könne nach Berchtesgaden gehen, wo das Hauptquartier für die letzte Widerstandslinie — die „Festung Alpen“ — aufgeschlagen werden sollte.

Zwei Sekretärinnen, Johanna Wolf und Christa Schröder, und zwei Stenografen, Ludwig Krieger und Gerhard Hengessel, fuhren nach Berchtesgaden. Alle vier sagten mir, daß sie beim Verlassen des Bunkers davon überzeugt waren, Hitler niemals wiederzusehen.

Die Luft, die von außen in den Bunker gepumpt wurde, war mit Rauch und Pulverdampf durchsetzt. Die Sitzungsteilnehmer im Kartenraum fielen oft in Ohnmacht und mußten von Dr. Stumpfegger, Hitlers Arzt, behandelt werden.

Obwohl Hitler damit einverstanden gewesen war, daß diese Gruppe seines Gefolges den Bunker verließ, nahm er einzelnen die Abreise übel, da sie seiner Auffassung nach auch die letzten Tage hätten bei ihm bleiben sollen.

(Fortsetzung folgt)

DAS NEUE BADEN Verantwortlicher Redakteur Günter Almann Verlag: Demokratische Verlags- und Druckerei, Postfach 23, Tel. 204. Druck: Moritz Schauberg, Lehrschw. — K. & H. Gruber, Rastatt (Baden). — Südwestdruck K.-G., Lörrsch. — A. Ralf & Co., Offenburg (Baden).



Schlußbericht der „BIGA“

Freiburg. Die Badische Landesexportbank (BIGA) stellt in einem Schlußbericht über die Veranstaltung auf Grund der vom OICOMEX zur Verfügung gestellten Unterlagen fest, daß der Erfolg gegenüber mancher kritischen Einstellung ein recht erfreulicher war.

Eine größere Anzahl von Abschlüssen zieht noch zu erwarten. Großes Interesse beispielsweise besteht für das Baden-Badener Kunstlein, das für Anputzteile und Doppelampulierte eine große Erleichterung bedeutet und das Interesse der Kriegsverwehrtensverbände vieler Länder gefunden hat.

Neben dem eigentlichen Inlandgeschäft lief von der Ausstellungsleitung ausnahmsweise den Ausstellern genehmigte Handverkauf, der in vielen Branchen recht beträchtliche Umsätze brachte.

Der Fremdenverkehr - vor allem in Freiburg selbst - hatte ebenfalls eine rege Belebung durch die Exportschau zu verzeichnen. Von einer großen Anzahl gemeldeter Privatquartiere konnte Gebrauch gemacht werden.

Verkehrsverbesserungen im Schwarzwalde. Nachdem der Wiederaufbau der zerstörten Eisenbahnbrücke bei Freudenstadt noch länger

gere Zeit in Anspruch nehmen wird, wurde für den Reiseverkehr aus der Gegend von Schramberg, Schiltach, Wolfach und Hausach in Richtung Stuttgart ein Omnibus eingesetzt.

Mit sofortiger Wirkung tritt auf der Strecke Hausach-Schiltach eine Verkehrsverbesserung ein. Die beiden Personenzüge 3835 und 3836, die bisher nur zwischen Hausach und Wolfach verkehrten, werden bis nach Schiltach weitergeführt.

Entlassungen von Angestellten in Südwürttemberg

Reutlingen. Im Arbeitsamtsbezirk Reutlingen, der die Kreise Reutlingen, Tübingen und Münsingen umfaßt, steigt die Zahl der Arbeitslosen langsam an, wobei jedoch keine wesentliche Verschlechterung der allgemeinen Beschäftigungslage zu verzeichnen ist.

Wieviele Kriegsgefangene gibt es noch?

Wie das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene in Erlangen mitteilt, befinden sich noch etwa 70 000 Kriegsgefangene in Jugoslawien, deren Verhältnisse im allgemeinen gut sind.

Umschau in Südwestdeutschland

Germersheim. Die Staatliche Dolmetscherschule nimmt zum Wintersemester 1948/49 in beschränktem Umfange Neueinschreibungen vor.

Heidelberg. Um die Unterstützungsquellen und Verdienstmöglichkeiten für Studenten planmäßig zusammenzufassen, wurde in Anlehnung an die von der Studentenschaft selbst geschaffenen Hilfsmaßnahmen die „Vereinigung von Freunden der Heidelberger Studentenschaft“ gegründet.

Karlsruhe. Amerikanische Truppen werden zusammen mit einer französischen Division in der Zeit vom 15. bis einschließlich 18. September im Bereich des Landkreises Karlsruhe Manöver durchführen.

Karlsruhe. Die Sparanlagen der Städtischen Sparkasse in Karlsruhe betragen zur Zeit nur 7 Prozent der Sparanlagen der Vorkriegszeit.

Tübingen. Da die Ernte in diesem Jahr erst spät eingebracht werden konnte und der Drusch wegen der Feuchtigkeit nur zögernd erfolgt, sind in Württemberg-Hohenzollern augenblicklich nur verhältnismäßig geringe Vorräte an Getreide und Mehl vorhanden.

Riegel. Die Brauereigesellschaft, vorm. Meyer & Sohn, legt die Jahresabschlüsse 1944-1947 vor. Das Unternehmen arbeitet mit einem Grundkapital von 2,80 Mill. RM.

Geschäftsjahr 1947/48 vorzutragende Verlust auf 0,47 Mill. RM.

St. Blasien. Die Stadtmusik unter Leitung ihres Dirigenten H. Schuster wartete am Sonntagmorgen mit einem Frühkonzert in der Grenzland-Heiligtümle auf. Die Patienten begrüßten diese Abwechslung und nahmen die vorgetragenen Musikstücke beifällig auf.

St. Georgen. Anerkennende Worte fand der Vertreter des Baden-Badener Senders, der nach St. Georgen gekommen war, um sich vom MGV. Sängerbund vorsingen zu lassen.

Oberaldingen. In der Nacht vom 10. auf 11. September wurde beim hiesigen Landwirt Johann Lohrer von unbekannten Tätern eingebrochen.

Lindau. Nach Überwindung vieler durch die Währungsreform aufgetretener Hemmnisse hat die in diesem Jahr von der Industrie- und Handelskammer des Kreises organisierte „Lindauer Herbstwoche“ ihren Anfang genommen.

DER SPORTBERICHT

Fußball

Aus „König Fußball“ Weitrath. In England hat Portsmouth mit drei Punkten Vorsprung die Spitze vor Derby County inne. Sechs Punkte liegen in Frankreich nach vier Spieltagen nach Stuttgart und Tübingen sowie nach Tuttlingen-Singen mit Anschluss nach der Schweiz.

Leichtathletik

Der Antrag des schwedischen Leichtathletikverbandes auf eine Stützpunktkommission für deutsche Leichtathleten beim Sportfest von Goeta Stockholm wurde durch den Exekutivsausschuss des internationalen Leichtathletikverbandes abgelehnt.

Boxen

Hamburg stellt vier Boxmeister. In den letzten deutschen Meisterschaftskämpfen der Berufsboxer war bemerkenswert, daß die Zuschauerkrise wieder im Abflauen begriffen ist.

Ringen

Sechs von acht Ringmeister ermittelt. Bei den bisherigen Meisterschaftskämpfen der deutschen Amateurringer hat der Söden am besten abgeschnitten.

Tennis

Gottfried von Cramm in Baden-Baden. Im Mittelpunkt eines ausgezeichnet organisierten Tennisvergleichskampfes zwischen dem TC. Rot-Weiß Baden-Baden und dem DTV Hannover stand der deutsche Spitzenspieler Gottfried von Cramm.

taler Allee gelockt. Am Freitag spielte er gegen den Preisrenten Waidl. In anschließendem Doppel spielte von Cramm mit seinem Vereinskameraden Sals gegen Göppert/Wald. Der Mittelpunkt des Turniers war der Kampf zwischen von Cramm und Göppert.

Radfahren

Der „Fall“ Bartali. Die Disqualifikation der italienischen Radrennfahrer Bartali und Coppi auf Grund ihrer minderwertigen Leistungen bei den Radweltmeisterschaften hat in Italien eine lebhafteste Reaktion hervorgerufen.

Unsere kleine Sportschau. Bei den Spielen der Landesliga Nord-Württemberg besiegte Zuffenhausen den abgestiegenen Oberligisten Sportfreunde Stuttgart 4:0 und nimmt die Tabellen Spitze ein.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Wir verweisen auf die in den letzten Tageszeitungen veröffentlichte, auch für den Landkreis Freiburg gültige Bekanntmachung der Polizeidirektion Freiburg betr. gewerbsmäßige Beförderung von Personen zu Lande.

Freiburg i. Br. Hauptbahnhof - Gaststätte. Bäckerei, Café und Konditorei. Café Geisert. Gummi-Fuchs, Freiburg. Jenseits des Gesetzes. Die Elenden. Union Theater Freiburg i. Br. Der Graf von Monte Christo.